

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Die Grünen | EFA
im Europäischen Parlament

Schwerpunktt Themen der Sitzungswoche des Europäischen Parlaments in Straßburg, Juni 2012

8. Juni 2012

EU-Gipfel

Erklärungen von Rat und
Kommission

Debatte am Mittwoch, 13. Juni

Reinhard Bütikofer MdEP

Büro +33 3 881 75816

Hintergrund: Die Staats- und Regierungschefs stehen vor dem EU-Gipfel am 28. Juni unter großem Handlungsdruck. In Anwesenheit des EU-Kommissionspräsidenten Barroso stehen die Krise und mögliche Lösungsansätze auch im Zentrum der Plenaragenda des Europäischen Parlaments.

Grüne Position: Die einseitige Sparpolitik, wie sie insbesondere Angela Merkel in den vergangenen Monaten vorangetrieben hat, ist fulminant gescheitert. Europa braucht dringend Grüne Investitionen, zum Beispiel in nachhaltige Infrastruktur und die Grüne Energiewende durch einen "Grünen Investitionspakt". Außerdem fordern die Grünen die Einführung eines Schuldentilgungsfonds nach dem Modell der deutschen Wirtschaftsweisen. Auch vor der Notwendigkeit, endlich mit Nachdruck eine gemeinsame, europäische Finanzmarkt- und Bankenregulierung auf den Weg zu bringen, können sich die Staats- und Regierungschefs nicht länger verstecken.

Mehrjähriger Finanzrahmen

Erklärungen von
Kommission und Rat

mit Resolution

Debatte am Mittwoch, 13. Juni

Helga Trüpel MdEP

Büro +33 3 881 75140

Hintergrund: In den Verhandlungen um den Mehrjährigen Finanzrahmen kündigt sich eine harte Auseinandersetzung zwischen Rat und Parlament an. Während eine Koalition von acht Nettozahlerländern, darunter Deutschland, Kürzungen von 10 Prozent anstrebt, fordert das Parlament eine Erhöhung der Haushaltsmittel um 5 Prozent, gemessen am Niveau von 2013. Auch die Parlamentsforderung nach einer Ausweitung der EU-Eigenmittel trifft im Rat auf Widerstand.

Grüne Position: Die Grünen befürworten gezielte Erhöhungen im EU-Budget, um die wachsenden Zuständigkeiten der Union zu finanzieren. Trotz seines relativ begrenzten Volumens kann der Haushalt, dank seines großen Investitionsanteils, ein wichtiges Instrument zur Krisenbekämpfung sein. Da Investitionen auf EU-Ebene häufig effizienter eingesetzt werden können, kann der EU-Haushalt einen wertvollen Beitrag zur finanziellen Konsolidierung in Europa leisten. Dennoch dürfen die Sparanstrengungen in den Mitgliedstaaten nicht außer Acht gelassen werden. Daher schlagen die Grünen vor, bei den wenig nachhaltigen Ausgaben zu kürzen, wie bei der industriellen Landwirtschaft oder bei ITER.

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



"Doppelpack"

Bericht Jean-Paul Gauzès (EVP, Frankreich) und Bericht Elisa Ferreira (S&D, Portugal)

Mitgliedsstaaten im Euro-Währungsgebiet

Ordentliche Gesetzgebung

Debatte am Dienstag,

12. Juni

Abstimmung am Mittwoch,

13. Juni

Sven Giegold MdEP

Büro +33 3 881 75369

Hintergrund und Grüne Position: Das "Doppelpack" besteht aus zwei Berichten. Der Gauzès-Bericht macht die Regeln zur Haushaltskonsolidierung für die Krisenstaaten effektiver (zum Beispiel verstärkte Berücksichtigung von Spillover-Effekten bei der wirtschaftlichen Beobachtung der Kommission). Zudem empfiehlt der Bericht auf Grünen Vorschlag hin, dass bei Einsparanstrengungen grundlegende Ausgaben für Bildung und Gesundheitsversorgung besonders berücksichtigt werden.

Im Fokus des Ferreira-Berichtes stehen die Regeln zur Einrichtung eines Schuldentilgungsfonds, basierend auf dem Vorschlag der Wirtschaftsweisen. Der Fonds ermöglicht es Euroländern, die keine Hilfen des Rettungsschirms in Anspruch nehmen, günstiger Geld an den Kapitalmärkten aufzunehmen, sofern sie strikten Bedingungen folgen. Dadurch verschafft der Schuldentilgungsfonds diesen Ländern größeren finanziellen Freiraum und erleichtert den Schuldenabbau. Des Weiteren schlägt der Bericht einen EU-Fonds für nachhaltiges Wachstum in der Größenordnung von 1 Prozent des EU-Bruttoinlandsprodukts vor - aus Grüner Sicht dringend notwendig, um nachhaltige Investitionen zu fördern und der Rezession in der EU Einhalt zu gebieten. Da sich bei der Abstimmung im Ausschuss zahlreiche S&D-Abgeordnete enthalten haben, kommen die Berichte nun ins Plenum. Die Grüne Europafraktion ist mit dem bisherigen Verhandlungsergebnis zufrieden und wird beide Berichte unterstützen.

Grenzkontrollen im Schengenraum

Stellungnahme der dänischen Ratspräsidentschaft zur Entscheidung der EU-InnenministerInnen über die Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Schengenraum

Debatte am Dienstag, 12. Juni

Sondersitzung des Bürgerrechtsausschusses (LIBE) am Montag, 11. Juni

Ska Keller

Büro +33 3 881 77379

Hintergrund: Die EU-Innenminister und -ministerinnen haben mit ihrer Entscheidung zu Schengen vom vergangenen Donnerstag einen Grundsatzstreit mit dem Europaparlament provoziert. Sie wollen die Möglichkeit für Grenzkontrollen in der EU ausweiten und gleichzeitig das Parlament in wichtigen Teilen des Schengenpakets von der Mitentscheidung ausschließen. Der Bürgerrechtsausschuss (LIBE) wird am Montag in einer Sondersitzung über das Schengenpaket abstimmen. Außerdem ist eine Plenardebatte mit der dänischen Ratspräsidentschaft geplant.

Grüne Position: Die Grünen setzen sich nachdrücklich dafür ein, dass das Parlament Klage beim Europäischen Gerichtshof einreicht, um die Mitentscheidungsrechte des EP zu verteidigen. Denn nur im Mitentscheidungsverfahren hat es die Möglichkeit, die Reisefreiheit in Europa gegenüber Regierungen zu verteidigen, die aus nationalen Eigeninteressen keine starken Schutzregeln für Schengen wollen. Anstatt Schengen besser vor populistischen Alleingängen bei der Wiedereinführung von Grenzkontrollen zu schützen, wollen die Mitgliedsstaaten die Möglichkeit für Grenzkontrollen sogar noch ausweiten. Ein "Notfallmechanismus" soll Länder, die ihre Außengrenzen nicht ausreichend kontrollieren, faktisch aus Schengen ausschließen. Die Grünen lehnen das strikt ab und fordern zum Schutz von Schengen, dass Entscheidungen über Grenzkontrollen auf EU-Ebene gemeinsam getroffen werden. Weitere Hintergrundinformationen: <http://gruenlink.de/9do>

EU-Sonderberichterstatter(in) für Menschenrechte

Hintergrund und Grüne Position: Zum ersten Mal wird im Juni der Posten eines thematischen EU-Sonderberichterstatters besetzt. Bisher gab es nur regionale Sonderberichterstatter. Das Europaparlament fordert, dass der

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Bericht José Ignacio Salafranca
Sánchez-Neyra (Spanien, EVP)

*"Der EU-Sonderbeauftragte für
Menschenrechte"* und

Erklärung der Hohen
Vertreterin, Catherine Ashton

Debatte am Dienstag,
12. Juni

Barbara Lochbihler MdEP

Büro +33 3 881 75392

oder die neue SonderberichterstatterIn mit einem weit reichenden Mandat und ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet wird. Die Amtszeit sollte mindestens bis zum Ende der Wahlperiode gehen. Derzeit sind sieben Kandidaten und Kandidatinnen im Gespräch; das EP hat kein Mitspracherecht bei dieser Entscheidung, obwohl die Initiative auf das EP selbst zurückgeht. Gemeinsam mit dem Sonderberichterstatter will Ashton eine Menschenrechtserklärung und einen Aktionsplan vorstellen. Trotz des Drängens seitens des EP gibt es auch hier leider kein formales Mitspracherecht für die Parlamentarier. Die EU-Mitgliedstaaten halten sich weitgehend aus den Diskussionen zwischen Europäischem Auswärtigen Dienst und EP heraus.

Kindernahrung

Bericht Frédérique Ries
(ALDE, Belgien)

*"Lebensmittel für Säuglinge und
Kleinkinder sowie Lebensmittel
für besondere medizinische
Zwecke"*

Initiativbericht

Debatte und Abstimmung am
Donnerstag, 14. Juni

Rebecca Harms MdEP

Büro +33 3 881 75354

Hintergrund: Die derzeitige Regelung erlaubt eine Klassifizierung vieler Nahrungsmittel als "diätetisch", also Nahrungsmittel für Menschen mit besonderen diätischen Bedürfnissen. Unterschiedliche Interpretationen der Rechtslage haben zu Wettbewerbsverzerrung geführt und einige Hersteller nutzten diese Unklarheit, um bestehende Gesetzgebung zu umgehen, beispielsweise zu gesundheitsbezogenen Angaben über Lebensmittel. Die Kommission schlägt daher vor, die Klassifizierung von Lebensmitteln als "diätetisch" aufzugeben und nur noch die drei Kategorien Säuglings-, Kleinkindnahrung und Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke (für Menschen in medizinischer Betreuung) beizubehalten.

Grüne Position: Die Grünen unterstützen die vereinfachte Klassifizierung und lehnen die Wiedereinführung weiterer Kategorien ab. Die Grünen fordern außerdem, den Einsatz gefährlicher Pestizide bei der Produktion von Babynahrung zu verbieten und die Regeln für die Verwendung von Nanomaterialien in Lebensmitteln zu klären. Die Kennzeichnung von Milchprodukten als "Kindermilch" ist irreführend und sollte verboten werden.

Waffenhandel: UN-Vertrag

Erklärung der Hohen
Vertreterin, Catherine Ashton

mit Resolution

Debatte am Dienstag,
12. Juni

Abstimmung am Mittwoch,
13. Juni

Franziska Brantner MdEP

Büro +33 3 881 75354

Hintergrund: Nicht erst die Verkäufe deutscher U-Boote an Israel verdeutlichen die Problematik des Themas Waffenexporte. Nationale und europäische Regeln werden nur selektiv respektiert. 40 UN-Mitgliedstaaten haben nach wie vor keinerlei Regeln für Waffenexporte. Der UN-Prozess zum globalen Waffenhandelsabkommen (ATT) begann 2009, nachdem die Obama-Administration ihren Widerstand aufgegeben hatte und in der UN-Vollversammlung 151 Länder für ein solches Abkommen eintraten. Vom 2.-27. Juli findet nun in New York die finale Verhandlungsrunde über den Vertragstext statt. Das Europaparlament will vor Beginn der Verhandlungen Catherine Ashton dazu bringen, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten in New York mit einer starken Position auftreten.

Grüne Position: Der Berichtsentwurf der liberalen Abgeordneten Jäätteenmäki war schwach. Durch grüne Änderungsanträge könnten einige Verbesserungen erreicht werden: 1) ein sehr klarer Passus zu Menschenrechtsstandards, 2) Endverbleibskontrolle, 3) die Notwendigkeit

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



eines Jahresberichtes, 4) das Recht des Sekretariats, die Daten zu analysieren und Verstöße zu melden. Durch die sehr schwache Präsenz liberaler und sozialistischer Abgeordneter im Außenausschuss sind aber viele wichtige Punkte von den Konservativen niedergestimmt worden. Im Plenum bringen die Grünen deswegen Dinge wieder ein, die eigentlich Konsens sein müssten: Dass Anti-Korruptionsmechanismen in den Vertrag aufgenommen werden müssen, dass die Öffentlichkeit über Waffenexporte informiert werden muss, dass die EU gegebenenfalls auf eine Konsensabstimmung am Ende des Prozesses verzichtet, wenn dadurch die Kriterien zu schwach geraten.

Milchmarkt

Erklärung der Kommission zur Milchproduktion in der EU

Mündliche Anfrage
"Angebotssteuerung einer nachhaltigen Milchproduktion in der EU"

Martin Häusling (Grüne/EFA, Deutschland), José Bové (Grüne/EFA Frankreich) und Alyn Smith (Grüne/EFA, Schottland) sowie mündliche Anfrage der EVP-Fraktion
"Sanfter Übergang zu dem für 2015 geplanten liberalisierten Markt für alle europäischen Milcherzeuger"

Aussprache im Plenum am
Donnerstag, 14. Juni 2012

Martin Häusling MdEP

Büro: +32 2 28 45820

Hintergrund: Die Milchpreise für Milcherzeuger fallen rapide und liegen bei einigen Molkereien bereits bei unter 30 Cent pro Liter. Das bedeutet für viele Produzenten eine Produktion unter den anfallenden Kosten. Eine nachhaltige Milchproduktion ist somit in Gefahr und es droht die Wiederholung der Milchkrise, wie wir sie in 2009 hatten.

Grüne Position: Mit ihrer Anfrage zur mündlichen Beantwortung fordern die Grünen die Kommission auf Stellung zu beziehen, mit welchen Mitteln sie den Milchmarkt nachhaltig weiter zu entwickeln gedenkt. Die Grünen weisen darauf hin, dass durch die beschlossene Aufhebung der Mengenregulierung in Europa ein großer Anstieg der Milchproduktion zu erwarten ist, ohne dass der Absatz merkbar gesteigert werden kann. Gerade benachteiligte Regionen, aber auch die gesamte lokale Produktion in den ländlichen Regionen geraten somit in Gefahr. Die grünen Lösungsansätze, die Entwicklung eines nachhaltigen Milchmarktes zu fördern, die Produzenten in ihrer Verhandlungsposition gegenüber den Molkereien zu stärken sowie eine Preis-Monitoringstelle zu errichten, können die Grundlage dafür legen, die Betriebe aus der Krise zu führen.

Reform des Allgemeinen Präferenzsystems (ASP)

Bericht Christofer Fjellner (EVP, Schweden)

"Reform des Allgemeinen Präferenzsystems"

Debatte am Montag,
11. Juni

Hintergrund: Das Allgemeine Präferenzsystem (ASP) der EU besteht seit 1971 und bietet die Möglichkeit für Entwicklungsländer, bestimmte Produkte in die EU unter besseren Konditionen - also geringeren Zöllen - einzuführen. Das ASP ist unterteilt in drei Kategorien, das (a) Standard ASP, (b) das ASP Plus, das zusätzliche Zollsenkungen bietet, wenn 27 internationale Sozial- und Umweltkonventionen unterzeichnet sind und (c) die "Alles-außer-Waffen-Initiative", die die am wenigsten entwickelten Länder von jeglichen Zollzahlungen befreit. Die aktuelle Reform zielt auf eine Vereinfachung, mehr Transparenz und eine stärkere Differenzierung. In diesem Sinne sollen die Anzahl der Länder, die momentan vom ASP profitieren, von 176 auf 79 halbiert werden. Somit würde die Durchsetzung

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Abstimmung am Mittwoch,
13. Juni

Ska Keller MdEP

Büro +33 3 881 75379

dieser Reformvorschläge eine drastische Neuordnung des Handelsregimes zwischen EU und Entwicklungsländern bedeuten.

Grüne Position: Auch die Grünen wollen im Prinzip eine Reform des jetzigen Systems zur Anpassung an die neuen ökonomischen Gegebenheiten. Es ist richtig, dass reichere (Entwicklungs-)Länder wie Kuwait, Saudi-Arabien oder Russland aus dem ASP herausfallen. Allerdings würde das von der EU-Kommission vorgeschlagene Kriterium von "Einkommen" dazu führen, dass auch Länder wie Ecuador aus der Liste fallen, deren Bevölkerung noch immer in großen Teilen verarmt oder deren Außenhandel sehr schwach entwickelt ist. Die Grünen haben deshalb für das Plenum Änderungsanträge eingebracht, die zusätzliche Kriterien für die Graduierung aus dem ASP verlangen.

Beschäftigungspaket

Erklärung der Kommission

mit Resolution

Debatte am Mittwoch,
13. Juni

Abstimmung am Donnerstag,
14. Juni

Elisabeth Schroedter MdEP

Büro +33 3 881 75379

Hintergrund: Die Arbeitslosenzahlen haben laut der letzten Veröffentlichung von Eurostat mit 11 Prozent einen Rekordwert in der Eurozone erreicht. Daher hat die Europäische Kommission nun mit der Veröffentlichung eines Beschäftigungspakets reagiert. Die EU-Kommission wird sich dazu vor dem Parlament erklären und das Parlament im Anschluss eine Resolution verabschieden.

Grüne Position: In dem Beschäftigungspakt hat die Kommission dargelegt, welche Maßnahmen in Europa bis zum Jahr 2020 zu mehr Beschäftigung führen sollen. Das Ziel lautet dabei, bis 2020 die Beschäftigungsquote der 20-64-jährigen auf mindestens 75 Prozent zu heben. In der Resolution begrüßen die Grünen, dass die Europäische Kommission die Mitgliedsstaaten auffordert, die Arbeitsmarktpolitik als Mittel gegen die Krise einzusetzen und dabei besonders das Jobpotential der Grünen Wirtschaft zu fördern. Jedoch brauchen Arbeitsplätze einer Grünen Wirtschaft auch langfristig positive Rahmenbedingungen. Wir Grünen teilen außerdem die Kritik der Kommission an dem deutschen Weg der Lohndeflation als Weg aus der Krise und unterstützen den Ansatz von Kommissar Andor, mit Mindestanforderungen an das Lohngefüge dafür zu sorgen, dass man in Europa auch von seiner Arbeit leben kann.

Weitere Pressetermine in Straßburg

Pressefrühstück der deutschen Grünen Abgeordneten

Dienstag, 12. Juni

ab 9:30 Uhr (ACHTUNG
GEÄNDERTE UHRZEIT!)

Pressebar LOW

Themen:

EU-Gipfel und die Krise, der mehrjährige Finanzrahmen (MFF), das "2-Pack" und Grenzkontrollen im Schengenraum

Mit:

Reinhard Bütikofer, Sprecher der Europagruppe Grüne und stellvertretender Vorsitzender der Fraktion Die Grünen/EFA

Helga Trüpel, haushaltspolitische Sprecherin der Fraktion die Grünen/EFA

Sven Giegold, Sprecher im Ausschuss für Wirtschaft und Währung für die Fraktion Die Grünen/EFA

Ska Keller, innenpolitische Sprecherin der Fraktion die Grünen/EFA

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



Pressebriefing der Ko- Vorsitzenden der Fraktion Die Grünen/EFA

Dienstag, 12. Juni
10.20 - 10.40 Uhr

Presseraum des Europäischen
Parlaments
LOW N-1/201

Mit:

Rebecca Harms und **Daniel Cohn-Bendit**,
Vorsitzende der Fraktion Die Grünen/EFA.

Livestream:

<http://greenmediabox.eu/live/pressbriefing/>

Mit den besten Grüßen,

Helmut Weixler

Pressesprecher
Fraktion Die Grünen/EFA
Telefon: +32 228-44683
E-Mail: Helmut.Weixler@europarl.europa.eu

Paul Maximilian Alex

Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Europagruppe GRÜNE
Telefon: +32 228 32107
E-Mail: paulmaximilian.alex@europarl.europa.eu